

Arbeiterzeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 23. Juli 1930 Nummer 169

Eingelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Buchhandlungen erhältlich
Sammelt für Mansfeld!
Mansfeld muß siegen!

Nieder mit diesem Landtag!

Nazis und SPD gegen Arbeitsbeschaffungsprogramm / Regierungsluhhandel soll bis zum Herbst ausgedehnt werden
Kommunisten stellen Auflösungsantrag

Dresden, den 23. Juli.

Wir Kommunisten sehen nur in dem radikalen Umsturz der kapitalistischen Ordnung den Ausweg aus der Krise. Das Parlament der bürgerlichen Demokratie ist die Exekutive der Bourgeoisie. Es wird von der Bourgeoisie zum Teufel geschickt, wenn es seinen Aufgaben, die Interessen der bestehenden Klasse zu erfüllen, nicht mehr entspricht. Eine proletarische Klassenpolitik, eine Veränderung der proletarischen Klassenverhältnisse durch den Wechsel von Regierungspersonen, durch Ministerwechsel und Parlamentsmandate anstreben zu wollen, ist ein Versuch an den arbeitenden Massen.

Aus der Koalitionspolitik der SPD ist die schändliche Diktatur hervorgegangen, aus der Demokratie erwächst die schändliche Diktatur.

Beim der Kapitalisten, ihre bedingungslose Enteignung, Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates und die Aufhebung der Räteherrschaft, der wahrhaft proletarischen Demokratie, das ist die sozialdemokratische Lösung aus der Krise. Damit ist auch unsere Stellung zum bürgerlichen Parlament umrissen.

Wie aber ist die Stellung der SPD und der Nazis? Beide haben im letzten Sachsenwahlkampf Versprechungen gemacht. Bei jenen sollte die Große Koalition, bei diesen die legale Durchsetzung des Staatsapparates die „Schicksalsentscheidung“ für die arbeitenden Massen bringen. So begann der Rückwärtel. Brandt offerierte sich der Wirtschaftspartei zum Reichsminister der Meinung ist, daß 20 Millionen Proleten werden müssen, um Deutschland zu retten. Die schändliche Nazis beanspruchten die Ministerpräsidentenschaft, stimmten dann schließlich für die deutschnationalen Speckfischkandidaten, um sich, als letztes Mittel vor ihren Wählern zu behaupten, an das Innenministerium zu klammern. Alle Kombinationen sind gescheitert. Auch in der jetzigen Landtagslösung wieder. Der Präsidentenwahlkandidat der Wirtschaftspartei ist durchgefallen.

In der Frage der kapitalistischen Krise versuchen die bürgerlichen Parteien zu manövrieren, sprechen vor der offenen Verarmung der Massen zurück. Ein Teil ist für die Heranführung der Sozialdemokraten, ein anderer Teil für die Einbeziehung der Nationalsozialisten, um die revolutionäre Bewegung abzuwehren.

Welches sind die Folgerungen, die SPD und Nazis aus diesem niederträchtigen, ekelregenden Parliaments-luhhandel ziehen?

Die Nazis und Böckel fordern Vertagung des Landtages bis zum Herbst. Sie hoffen auf die Zeit als ihren Kampfschloß, ihren Appetit auf die Futterkrümmer im Herbst stillen zu können. Die Nazis haben, nachdem alle Anstrengungen der letzten Jahre, einen Antrag auf Landtagsauflösung eingebracht. Ein neuer Wahlgang soll ihnen Bedingungen mit Pensionsberechtigung und schwere Staatseinkünfte verschaffen.

Aber werden damit die arbeitenden Massen satt? Wird damit die Lage des Mittelstandes, die Not der schändlichen Kleinbauern besser?

Wir Kommunisten haben gleich nach der Wahl eine Reihe von Arbeitsbeschaffungsanträgen eingebracht.

Arbeit und Brot für die Arbeiter bedeutet auch für den Mittelstand, für den Kleinbauern Besserung seiner Lage.

Wir sind Todfeinde des bürgerlichen Parlamentarismus und haben von keine Illusionen über den Klassencharakter dieser demokratischen Spottgeburt gemacht. Wir wissen, daß die heutigen Kugelscheißer und Verteidiger der kapitalistischen Ordnung

von Hitler bis Edel ein „Hafen von Interessenten“ sind, aber keine Volkswertreter. Die Behandlung unserer Anträge durch den sächsischen Landtag und seine Parteien ist eine Befristung unserer Auflösung.

Auch gestern stand unter Arbeitsbeschaffungsprogramm wieder zur Beratung. Auf das Programm der Schiedsregierung

38 Tote als Opfer des Rheinland-Befreiungsrummels

SPD- und Bürgerblockminister, Stahlhelm- und Reichsbannerführer feiern brüderlich vereint

Dresden, den 23. Juli.

Gestern fand die Abschlussfeier der „Rheinlandbefreiung“ in Koblenz statt. Es war eine wirkliche „Volksgemeinschaft“. Die Minister des Diktaturkabinetts, der Reichspräsident des Artikels 48, die sozialdemokratischen Minister Preußens, die Stahlhelmführer und die Führer des Reichsbanners, alle waren versammelt und feierten mit Salutshüssen, Feuerwerk und Zapfenstreich die „Befreiung der Rheinlande“.

Diese begeisterte „Volksgemeinschaft“ aller Minister und Auswärtiger fand allerdings einen unerwarteten Ausgang. Die Molebrücke stürzte ein, und über 100 Menschen fielen ins Wasser. Bis jetzt sind 24 Tote geborgen worden. Von den Ministern ist keiner darunter. Die hatten festen Boden unter den Füßen.

Bestrafung der Schuldigen!

Koblenz, den 23. Juli.

„Die Befreiungsfeier in Koblenz“, bei der Hindenburg und SPD-Bräun Verlobungsgelübde hielten, endete mit einer schrecklichen Todeskatastrophe. Nach Abschluss der Kundgebungen passierten große Menschenmassen die vom Neuwanderter Ufer nach dem Borort Koblenz-Vögel führende Molebrücke, die unter der ungeheuren Wucht zusammenbrach. Entsetzliche Szenen spielten sich ab.

Gellende Hilferufe und Todesjahre

Klangen weithin in die Dunkelheit. Rettungsmannschaften, die herbeieilten, mit Schleppluken und Fischzügen, nach den Betroffenen suchten, konnten bisher nur

38 Todesopfer bergen.

Die Arbeiten werden während der Nacht noch fortgesetzt. Zweifellos ist zu befürchten, daß sich die Zahl der Todesopfer noch weiter erhöht. Zahlreiche Einwohner des Borortes Vögel und Teilnehmer an den Kundgebungen sammeln sich an dem Unglücksort und suchen nach Verwandten und Toten.

Die Schuld an dieser schrecklichen Katastrophe

tragen die Behörden, die in unverantwortlicher Weise die Massen zur Beteiligung an ihren nationalistischen Feiern aufriefen, ohne die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Die Polizei setzte ihren Eifer nur daran, dort Absperren vorzunehmen, wo die Möglichkeit bestand, daß Arbeiter ihren Unwillen gegen einen derartigen nationalistischen Rummel bekunden könnten.

Die Brücke ist in einem derartig schlechten Zustande gewesen, daß der Zusammenbruch plötzlich und vollkommen erfolgte. Die Betroffenen, die schwimmen konnten, wurden von den nachströmenden Balken im Wasser erschlagen. Den nationalistischen Drahtziehern kam es ja auch darauf an, die Massen mobil zu machen, Vorpostendienste für ihre imperialistischen Ziele zu leisten.

Wir verlangen schnellste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen!

Niefentundgebung gegen den Faschismus in Leipzig

Die eingeladenen Naziführer trafen auch dort

Leipzig, den 23. Juli.

Gestern abend fand im größten Saale Leipzigs, dem 300, eine zum Brechen gefüllte Versammlung der Kommunistischen Partei statt, in der der Genosse Hermann Kemmle über „Faschismus oder Faschismus“ sprach. Die Polizei verbot die Versammlungsteilnehmer zu provozieren. Sie wollte die Galerie absperren. Von den disziplinierten Anhängern der Kommunistischen Partei wurden die Provokationen der Reichswehr zurückgewiesen.

Die nationalsozialistischen Führer, die zu dieser Auseinandersetzung eingeladen waren, haben keine gefastet. Immer wieder wurde der Genosse Kemmle lärmend und begeistert unterbrochen, als er in anschaulicher Weise den Massenbetrug der Nazis und dem gegenüber den bolschewistischen Ausweg aus dem Elend aufzeigte. Viele Hunderte Arbeiter waren wegen der Überfüllung gezwungen, wieder umzukehren.

Am gleichen Tage hatte auch die SPD 3 Versammlungen in Leipzig organisiert, die sehr schwach besucht waren. In allen 3 Versammlungen traten kommunistische Redner auf, die den Arbeiterbetrug der SPD-Führer aufzeigten. Die Beifallskundgebungen der Mehrheit dieser sozialdemokratischen Versammlungen für die kommunistischen Redner zeigten, daß die Arbeiteranhänger der SPD die verbrecherische Politik der SPD-Führer durchschauen. Sowohl die glänzende kommunistische Versammlung als auch die Versammlungen der SPD waren ein glänzender Aufsat für den 14. September.

Wahlaufruf der KPD beifolgt

Dresden, den 23. Juli.

Gestern erschienen die Mannen des Herrn Kühn in den Redaktionsräumen der Arbeiterstimme, um den Wahlaufruf der KPD, der sich gegen die Younglakerer richtete, zu beifolgt. Sie fanden lediglich einzelne Exemplare. Die Beifolgtnahme des Wahlaufrufes ist die beste Illustration für das Wesen der Demokratie. Die Antwort der Arbeiter wird sein: alle Kräfte der werktätigen Massen zum Kampf gegen die schändliche Diktatur des Trutkapitals zu mobilisieren.

Steuerschub für Kleingewerbetreibende

Zwei weitere Anträge der kommunistischen Landtagsfraktion

Dresden, den 23. Juli.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat im Landtag zwei weitere Anträge eingebracht. Der erste bezieht sich auf die Besteuerung der Großkapitalisten, der zweite auf die steuerliche Entlastung der Kleingewerbetreibenden. Nachstehend die Anträge:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, im nächsten eine Vorlage zur Verringerung des Grund- und Gewerbesteuerbeitrages vorzulegen. Die Verringerungen sollen sich beziehen auf:

- a) Steuerfreiheit für alle Kleingewerbetreibenden, deren Reineinkommen 5000 RM jährlich nicht übersteigt, soweit die Gewerbetreibenden in eigener Werkstatt oder Laden arbeiten und keine Hilfskräfte nicht beschäftigen.
- b) Erhöhung der steuerfreien Grenzen für Anlagekapital und Ertragswert.
- c) Steuererlass für rückständige Steuern für Gewerbetreibende, auf denen obige Bedingungen zutreffen.
- d) Im gleichen Umfange die Grundsteuer zu ändern.

a) Die Besteuerung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Großbetriebe zu erhöhen.

Großkapitalisten sollen zahlen

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung

- 1. die Einführung eines Gesetzes über die Erhebung einer Sondersteuer für alle Vermögen über 20 000 RM zu beantragen;
- 2. zu verlangen, daß Maßnahmen ergriffen werden, die nach dem Ausland vertriebenen 17 bis 21 Milliarden RM wieder nach Deutschland hereinzuholen. Zu diesem Zweck das Bankgeheimnis aufzuheben, die Befreiung wegen Steuerhinterziehung exemplarisch zu bestrafen, eventuell die vorhandenen Vermögen der Reichsregierung zu unterwerfen.

Dresden, den 23. Juli 1930.
Kemper und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion.